Stadt Hildburghausen

26.10.2023

# Beschlussvorlage

Einreicher: Der Bürgermeister

**Beschlussnummer:** 

0984/2023

Amt: Bauamt
Sachbearbeiter: Herr Klinnert

Aktenzeichen: Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:		
Stadtplanungs- und Bauausschuss	öffentlich	08.11.2023	Ja:	Nein:	Enth.:

# Bezeichnung der Vorlage:

Stellungnahme der Gemeinde nach § 36 BauGB - Voranfrage Neubau einer Verkaufsstätte (Lebensmittelmarkt)

## **Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Zu dem Bauantrag

**Bauvorhaben:** Voranfrage – Neubau einer Verkaufsstätte (Lebensmittelmarkt)

Standort: Häselriether Straße, 98646 Hildburghausen

Flurst.-Nr.: 2866/12 Gem.: Hildburghausen

Antragsteller: EFM GmbH – GF Mark Eschenbach,

Hoher Markstein 20, 97631 Bad Königshofen

nimmt die Stadt Hildburghausen im Rahmen des § 36 BauGB, wie aus der Anlage ersichtlich, Stellung (gemeindliches Einvernehmen).

$\boxtimes$ gez.	$\boxtimes$ gez.	gez.	$\boxtimes$ gez.
Bürgermeister Patrick Hammerschmidt	zust. Amtsleiter Rüdiger Kelm	Kämmerei	Justiziar Stefanie Zöller
gez.			
Amtsleiterin Haupt- und Personalamt			
Stefanie Zöller			

0984/2023 Seite 1 von 2

#### Begründung:

## § 36 BauGB – Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde

- (1) Über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 31, 33 bis 35 wird im bauaufsichtlichen Verfahren von der Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde entschieden. Das Einvernehmen der Gemeinde ist auch erforderlich, wenn in einem anderen Verfahren über die Zulässigkeit nach den in Satz 1 bezeichneten Vorschriften entschieden wird; dies gilt nicht für Vorhaben der in § 29 Satz 3 bezeichneten Art, die der Bergaufsicht unterliegen, sowie für Vorhaben, für die gesetzliche Planfeststellungsverfahren vorgesehen sind. In den Fällen der §§ 33, 34 Abs. 3 und des § 35 Abs. 2 und 4 ist auch die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich.
- (2) Das Einvernehmen der Gemeinde und die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde dürfen nur aus dem sich aus den §§ 31, 33, 34 und 35 ergebenden Gründen versagt werden. Das Einvernehmen der Gemeinde und die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde gelten als erteilt, wenn sie nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für bestimmte Fälle allgemein festlegen, dass ihre Zuständigkeit nicht erforderlich ist.

#### **Anlagen:**

- gemeindliches Einvernehmen
- Lageplan
- Auszug aus FNP

Verteiler nach der Beschlussfassung: Sitzungsdienst Amt 60

0984/2023 Seite 2 von 2